

1891
Amtliches

Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einpallige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamezeits 10 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Em: Römerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Em.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Em.

Nr. 91

Diez, Freitag den 19. April 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

J.-Nr. 3923.

Diez, den 13. April 1918.

An die Herren Bürgermeister

Betr. Vertilgung der der Landwirtschaft schädlichen Vögel.

Gleich wie im Vorjahr, so besteht auch in diesem Jahre ein besonderes Interesse an der Vertilgung der der Landwirtschaft schädlichen Vögel.

Insbefondere kommen die rabenartigen Vögel in Betracht (Raben, Krähen, Dohlen, Elstern, Fäher u. a.)

Die Herren Bürgermeister haben daher überall da, wo die Vögel in schädigender Weise auftreten, unverzüglich Vorkehrungen zu ihrer Vernichtung zu treffen.

Als Bekämpfungsmaßnahmen kommen in Frage:

1. Aushebung der Eier und der jungen Brut,
2. Abschluß der Krähen durch die Jagdpächter und vertrauenswürdige Personen,
3. Durchführung der Massen-Vergiftungen,
4. Weizen des Saatgutes.

In erster Linie dürfte sich der Abschluß der Tiere durch die Jagdpächter und sonstige vertrauenswürdige Personen empfehlen, zumal der Kreis eine Prämie von 15 Pfg. für das Stück gewährt.

Sie wollen das Geeignete sofort in die Wege leiten und mir berichten, falls sich sogenannte Rabenkolonien in Ihrer Gemarkung befinden.

Der Landrat.
Thon.

Diez, den 10. April 1918.

Betrifft: Nutz- und Zuchtviehmärkte.

Nach Ziffer 4 der Bekanntmachung der Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden in Frankfurt am Main, vom 2. März 1918, abgedruckt im Amtlichen Kreisblatt Nr. 67, ist für jedes zum Markt gebrachte Stück Vieh ein Ursprungsschein über dessen Herkunft beizubringen. Der Ursprungsschein ist von der Gemeindebehörde des Standortes auszustellen.

Um jederzeit über die Erteilung der Ursprungsscheine unterrichtet zu sein, ordne ich hiermit an, daß alle Anträge von Viehbesitzern auf Erteilung eines Ursprungsscheines vorher der Kreisfleischstelle in Diez vorzulegen sind. Erst nach Zustimmung der Kreisfleischstelle darf der Ursprungsschein von der Ortspolizeibehörde ausgestellt werden. Die Anträge müssen die in dem Ursprungsschein geforderten Angaben enthalten, wie auch der Markt, auf den das Vieh gebracht werden soll, angegeben sein muß.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, dies in den Gemeinden bekannt zu geben, namentlich aber die Viehhändler auf die Bestimmung aufmerksam zu machen.

Der Landrat.
Thon.

I. 2162.

Diez, den 10. April 1918.

Bekanntmachung.

In den Bestimmungen über die Bewirtschaftung des Zementes vom 20. September 1917, ist insofern eine Aenderung mittlerweise eingetreten, als künftighin die seither geforderten Bescheinigungen der zuständigen Baupolizei- u. Gemeindebehörden über führen- und jaakweise Abgabe von kleinen Mengen Zement nicht mehr vorgeschrieben sind. Jedoch darf diese Abgabe höchstens 100 Sack für den Monat an dieselbe Baustelle betragen. Jeder Inhaber eines solchen Lagers hat eine Liste zu führen, in welcher alle Angaben über den Verkauf der einzelnen, an die Verbraucher abgegebenen Zementmengen hinsichtlich Name desselben, Zementmenge, Verwendungszweck und Kaufpreis enthalten sind; die Liste muß jederzeit der Einsicht der Zementausgleichsstelle bzw. der zuständigen Kriegsamtsstelle zur Verfügung stehen.

Der Königl. Landrat.
Thon.

J.-Nr. II. 4008.

Diez, den 10. April 1918.

Betr. Brotkartenausgabe.

Die Gültigkeit der Brotkarten für die Zeit vom 1. April bis 28. April 1918 läuft am 28. April 1918 ab. Die neuen Brotkarten, die für die Zeit vom 29. April bis 26. Mai 1918 Gültigkeit haben, und einen unveränderten Abdruck der vorigen Ausgabe darstellen, werden Ihnen rechtzeitig durch die Druckerei zugehen.

Die alten bis 27. April d. J. noch nicht vertriebenen Protomarken verlieren alsdann ihre Gültigkeit. Der Umtausch der alten Protomarken gegen neue hat in den Tagen vom 22. April bis 27. April 1918 stattzufinden.

Die diesbezüglich von der Ortspolizeibehörde erlassenen Vorschriften sind genau zu beachten, damit sich der Umtausch überall glatt vollzieht.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Thon.

Zu Nr. 221 D. Berlin NB. 40, 15. März 1906.

Bekanntmachung.

Die seit einigen Jahren von der Abteilung ausgeführte Prüfung von trigonometrischen Punkten hat ergeben, daß die Marksteine zum Teil ganz verschwunden, zum Teil aus dem Acker herausgenommen und am Wall oder im Graben niedergelegt, zum Teil an Ort und Stelle liegend vergraben sind. Die Besitzer sind fast ausnahmslos im Unklaren über den Zweck und Wert der trigonometrischen Marksteine. Sie beandern die Marksteinschutzflächen in dem Glauben, daß ihnen zwar der Boden nicht gehöre, ihnen aber die Nutznießung überlassen sei. Diese Annahme ist natürlich irrig. Die Marksteinschutzfläche, d. i. die kreisförmige Bodenfläche von zwei Quadratmetern um den Markstein, darf nicht vom Pfluge berührt werden. Vergl. § 2 der Anweisung vom 20. Juli 1878, betreffend die Einrichtung und Erhaltung der trigonometrischen Marksteine. Zuwiderhandlungen werden nach § 370, 1 des R.-Str.-G.-B. mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

Durch das Umpflügen und Eggen der Marksteinflächen entstehen die vielen Verrückungen und Beschädigungen der Marksteine; mit der geringsten Verschiebung ist aber der Punkt zerstört und kann nur unter Auswendung von erheblichen Kosten von Technikern der Landesaufnahme wieder hergestellt werden. Die Zerstörung von trigonometrischen Punkten der Preussischen Landestriangulation fällt unter § 304 des R.-Str.-G.-B. (Gegenstand der Wissenschaft) und wird mit Geldstrafe bis 900 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Trigonometrische Abteilung der Königl. Landesaufnahme.
v. Vertrab.

S.-Nr. I. 1620. Diez, den 14. März 1918.

An die Ortspolizeibehörden
und die Königl. Gendarmen des Kreises.

Vorstehendes wiederholt zur genauen Beachtung

Die Ortspolizeibehörden wollen diejenigen Personen, auf deren Grundstücken sich trigonometrische Marksteine befinden, über obenstehende Aufklärungen der Königl. Landesaufnahme in Berlin belehren und auch die übrige Bevölkerung in geeigneter Weise darauf aufmerksam machen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß die Marksteine für die Landesaufnahme als auch für alle hieran anschließenden Vermessungen einschließlich der Katasteraufnahmen sowie die Aufnahme von Konsolidationen, Zusammenlegungen, für militärische und viele andere Zwecke von Bedeutung sind. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Beschädigungen an Marksteinen von Kindern verübt worden sind. Dies könnte verhütet werden, wenn die Lehrer die Kinder auf die Bedeutung solcher Steine aufmerksam machten; in dieser Hinsicht wollen sich die Ortspolizeibehörden mit den Herren Lehrern in Verbindung setzen.

Die Ortspolizeibehörden und Kgl. Gendarmen haben sich öfters davon zu überzeugen, ob die Marksteine sich noch in vorchriftsmäßigem Zustande befinden, und mir von jeder Beschädigung oder Verrückung sofort Anzeige zu erstatten. Bei den Revisionen ist jede Beschädigung der Feldstriche tunlichst zu vermeiden. Die Kgl. Gendarmen verweise ich auf die ihnen bisher zugegangenen und weiter zugehenden Ver-

schlüsse über die vorhandenen Marksteine und die ihnen gewordenen besondere Anweisung zur Berichterstattung vom 27. 2. 1911, I. 1068.

Der Landrat.
J. B.:
Zimmermann

Diez, den 12. April 1918.

An die Magistrate in Diez, Bad Ems und Nassau
und an die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Ich verweise nochmals auf meine Verfügungen vom 8. April 1918, Nr. 536 und 537 E, und ersuche um pünktliche Einhaltung des für die Einreichung der Nachweisungen gesetzten Termins.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission
des Unterlahnkreises.
Thon.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. April.

Am Bundesratsstisch: Müdlin.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 3,30 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung zum Posthaushalt.

Abg. Meier-Herford (Kons.) erstattet den Bericht des Ausschusses und bittet um Annahme des Haushalts.

Staatssekretär des Reichspostamts Müdlin: Die einmaligen Ausgaben sind weniger bedacht worden. Insgesamt haben wir Mehrausgaben von 7,9 Millionen Mark. Die Ausgaben werden wesentlich beeinflusst von den Teuerungen zu Lasten für die Arbeiter und die um ein Vielfaches gestiegenen Materialpreise. Wie die Verhältnisse des Jahres 1918 sich gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Die Postdiebstähle fallen nur zum Teil den Beamten zur Last. Die Feldpost hat mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dahin gehört auch die Beschlebung durch den Feind. Eine große Zahl pflichttreuer Beamten hat am Sortiertisch oder auf dem Kutschbock den Tod gefunden. Zum erstenmal während des Krieges wird den Beamten in diesem Sommer der volle Erholungsurlaub wie vor dem Kriege gewährt werden. (Bravo!) Auch unter den schwierigen Verhältnissen wird die Beamtschaft weiter treu ihre Pflicht tun.

Abg. Racken (Str.): Eine große Anzahl von Postbeamten hat den Tod fürs Vaterland gefunden. Ehre ihrem Andenken. (Weifall.) Alle Klassen der Beamtschaft haben ihre Pflicht voll erfüllt. Die Postdiebstähle sind in vielen Fällen auf Not zurückzuführen. Sie stellen meist Minderes dar und sollten mit möglichster Milde behandelt werden. Die Einschreibepakete sollten wieder eingeführt werden, wodurch der Verderb vieler Waren vermieden werden wird. Die Portofreiheit für die Feldpostsendungen muß bestehen bleiben. Nach Möglichkeit sollten unsere Beamten in höhere Stellen einrücken können. Wir begrüßen es, daß eine Reihe neuer Stellen im Haushalt vorgesehen ist.

Staatssekretär Müdlin: Die Mehrzahl der Besetzungen für Postdiebstähle betrifft das nicht ständige Personal. Viele Päckchen verschwinden schon vor der Einlieferung bei den Postanstalten durch Hausangestellte usw. Ein weiterer Teil verschwindet auf dem Eisenbahntransport, wo die Diebstahlsmöglichkeiten weit größer sind als bei der Post. Nach der Ankunft an der Front entzieht sich das weitere Schicksal der Päckchen unserer Kontrolle. Di: Auf-

liebung der Haftung für die Postsendungen, zu der wir be-
rechtigt wären, beabsichtigen wir nicht. Die Verantwortlichkeit
für die Geldpostsendungen wollen wir behaupten. Schon mit
Rücksicht auf die Stimmung der Truppen im Feld. Dem
Wunsche der Postagenten und Postverwalter ist durch die
Aufschiebung in den letzten Monaten schon entsprochen wor-
den.

Abg. Laubadel (Soz.): Die Postdiebstähle sind ein
betäubendes Zeichen des Sinkens der Moral, die größte
Gemeinheit aber sind die Diebstähle an den Feldpostpa-
keten.

Nach einer Rede des Abg. Hubrich-Oberbarnim
(Wpt.) wird die Weiterberatung auf Donnerstag 3 Uhr
vertagt; außerdem Etat der Reichsdruckerei und Reichs-
bahnen.

Die Steuervorlagen sind eingegangen.

Zwölf Steuervorschläge sind dem Reichstage zugegan-
gen. Der Inhalt ist zwar noch nicht bis ins einzelne be-
kannt, aber was wir davon wissen, genügt, um ein Bild
zu geben von dem Ernst der bedauerlichen gesetzgeberi-
schen Arbeit des Reichstages.

Es gilt die Einnahmen zu schaffen für die notwendi-
gen Ausgaben des Reiches. Ein augenblicklicher Fehlbetrag
von fast drei Milliarden Mark — genauer
2875 Millionen — ist zu decken. Der Krieg hat uns an die
Milliardenziffern gewöhnt, und wir haben schon mit vie-
lem Außergewöhnlichen rechnen gelernt. Dazu zählen nun
auch die Steuervorschläge des Reichsschatzamtes, die nun
der eingehenden Prüfung des Reichstages unterliegen wer-
den.

Ein kurzer Ueberblick sei hier vorerst gegeben.

Das Reich schafft ein Monopol für den Branntwein
aus Kartoffeln. Gleichzeitig werden für alle anderen Spiri-
tuosen und auch für die Mineralwässer neue Steuern oder
Steuererhöhungen eingeführt. Auch das Bier muß wieder
daran glauben. Die Weinsteuer fehlt nicht. Sie soll
nicht vom Winzer erhoben werden, sondern beim Uebergang
in den Verbrauch.

Das nächste große Projekt ist eine Umsatzsteuer.
Sie soll nicht die Rohstoffe treffen, im übrigen aber den
ganzen Waren- und Geldverkehr umfassen. Jeder Kauf,
jede Zahlung einer Handwerkerrechnung, eines Arzt- oder
Rechtsanwaltshonorars, eines Zeitungsinferates macht in
Zukunft einen Steuerbetrag fällig. Schalts- und Lohn-
zahlungen bleiben steuerfrei. Besonders kräftig faßt die
Steuerbehörde beim Kauf von Luxusartikeln zu. Dahin
rechnen Kunstwerke und Musikinstrumente.

Eine weitere Steuervorlage beschäftigt sich mit neuen
Börsensteuern. Die Kriegsgewinnler werden durch
eine neue einmalige Abgabe betroffen. Die vorgeschriebe-
nen Rücklagen der Gesellschaften werden bis zu 60 Proz.
in Anspruch genommen.

Auch die Post muß wieder zur Deckung des Fehl-
betrages beitragen. Der Zugriff ist hier recht kräftig. Der
gewöhnliche Brief soll 20 Pfg. kosten, im Ortsverkehr
10 Pfg. Ähnlich sind alle Gebührensätze erhöht worden,
auch das bis jetzt verschont gebliebene Drucksachenporto.

Wenn nun der großbesitzende Steuerzahler durch all
diese Anforderungen kopfschütteln werden und den Gedanken
fassen sollte, beim Friedensschluß den steuergejegneten Ge-
filben Deutschlands den Rücken zu kehren, dann erhebt der
Reichsschatzsekretär eine große Warnungstafel mit der Auf-
schrift: „Steuerfluchtgesetz“. Wer das Deutsche
Reich nach dem Kriege verlassen will, um anderen die Tra-
gung der Kriegslasten zu überlassen und sorglos seinen
Kriegsgewinn im Ausland zu verzehren, der muß sich zu-
nächst die Einziehung von 20 Prozent seines Vermögens

gestatten lassen und belastet sich, und seine Nachkommen
außerdem mit der dauernden Ausschließung aus
dem Deutschen Reich.

Was von all diesen Vorschlägen Gesetz werden wird,
steht dahin. In der Zwangslage, einstweilen 3 Milliarden
Mark durch Steuern jährlich neu aufzubringen, kommt der
Reichstag mit kleinen Steuern jedenfalls nicht aus. Am
nächsten Dienstag werden die Verhandlungen bereits be-
ginnen.

Niederlande.

W.D. Haag, 13. April. Die Zeitung „de Nedeclän-
der“ bringt ein Gespräch mit dem früheren holländischen
Gesandten in Amerika von Kappard, in dem dieser erklärt, er
wisse bestimmt, daß das Getreide, das Holland aus den
Vereinigten Staaten erhalten solle, nur wenig sein würde,
sogar deshalb, weil die Alliierten wenig haben. Die Ur-
sache des Mangels sei nicht die schlechte Ernte, sondern
die Desorganisation des Transportwesens. Jede Ordnung
sei durch den Krieg umgeworfen. In Argentinien sei zwar
genug Getreide, aber um das Getreide zu holen müsse
Holland Bunker Kohle haben, die ihm die Vereinigten Staaten
nur gegen Schiffsraum liefern würde. Die Regierung der
Vereinigten Staaten wolle zwar helfen, aber sie müsse
erst Amerika selbst helfen, dann seinen Freunden, dann den
Bekanntes. Holland gehöre aber nur zu den Bekannten der
Vereinigten Staaten.

W.D. Rotterdam, 16. April. Der Nieuwe Rotter-
damsche Courant schreibt zu dem Angebot der Ver-
einigten Staaten, die „Hollandia“, „Java“ und
„Juno“ unter der Voraussetzung, daß drei andere Schiffe
nach Amerika fahren, mit Getreide nach Holland fahren zu
lassen, das Angebot sei kein Entgegenkommen, sondern be-
deute, daß der Strich noch enger geschlossen werde.
Ueberdies solle die Fahrt der erwähnten Schiffe einen Aus-
nahmeharakter tragen. Daraus ergebe sich, daß die in neu-
trales oder überseeischen Häfen liegenden holländischen
Schiffe keine Fahrt machen dürfen; wenn die niederländische
Regierung das Anerbieten annehme, sei die ganze nicht
beschlagene niederländische Flotte auf
diese Weise demobilisiert.

England.

500 Mark Geldstrafe für die Vorhersage
des deutschen Sieges. In South Shields, so schreibt
die Northshire Post, hatte sich ein Arbeiter vor Gericht zu
verantworten, weil er seinem Arbeitsgenossen gesagt hatte:
„Der Krieg dauert noch zwei Jahre, und dann werden
wir die deutsche Flagge hier im Lande sehen!“ Zur Ver-
teidigung wurde angeführt, solche Gespräche seien unter
Arbeitern üblich. Der Angeklagte wurde dennoch zu 25
Pfund Geldstrafe verurteilt.

Irland.

W.D. Amsterdam, 16. April. Nach einem hiesigen
Blatte erfahren die Times aus Dublin, daß in ganz
Irland große Entrüstung über das Dienst-
pflichtgesetz herrscht. Die Einspinner sprechen von Oppo-
sition. Die parlamentarischen Nationalisten scheinen mehr
an eine Politik des passiven Widerstandes zu denken. Die
katholischen Geistlichen in Armagh halten Versammlungen
ab, um einen feierlichen Bund gegen die Einführung des
Dienstpflichtgesetzes zu stiften.

Großrußland.

Bern, 18. April. Der Londoner Daily Express meldet
aus Petersburg die Zunahme der reaktionären Strömung,
die sich auf dem Lande in Judenpogromen zeige. In Pe-
tersburg habe die hungrige Volksmasse Hochrufe auf
den verbannten Zaren und die Verfassunggebende
Versammlung ausgebracht.

Paris, 17. April. Sabas. Die neue Untersuchung, die infolge der Enthüllungen Dolos eröffnet wurde, ist am Dienstag beendet worden. Der Verräter soll am Mittwoch früh in Vincennes hingerichtet werden.

Spanien.

W.B. Bern, 15. April. Wie die Information aus Madrid meldet, geben zahlreiche spanische Zeitungen ausführlich einen Artikel der Kölnischen Zeitung wieder, welcher Spanien Gibraltar und Tanger als nationales Eigentum zuspricht und erklärt, daß sich Deutschland beim Friedensschlusse zum Verteidiger der Interessen Spaniens machen werde. Die Correspondencia militar fordert neben der Befehung Gibralgars und Tangers die Ueber Portugals von England, um sich brüderlich mit Spanien unter einer für Portugal passenden Regierungsform zu vereinigen zwecks Durchführung einer gemeinsamen Politik des Neufieren. Die Correspondencia richtet eine Aufforderung an die deutschfreundlichen Portugiesen, in diesem Sinne zu wirken. Ein Telegramm der Information besagt ferner, die ganze deutschfreundliche Presse lasse sich eingehend über diese Erwägungen aus. Die unabhängige Presse dagegen bekämpfe diese neue deutsche Intrigue. Das Blatt des Grafen Romanones Diario Universal schreibe, Deutschland habe Spanien immer ignoriert, Frankreich dagegen das Recht Spaniens niemals verkannt. Die Frage Tanger-Gibraltar müsse im Einverständnis mit Frankreich und England gelöst werden. Die Veränderung der Außenpolitik Spaniens wäre ein unloyales Manöver, das Spaniens Interessen gefährden werde.

Landwirte bereitet Brühfutter!

Die außerordentliche Knappheit an Futtermitteln zwingt den Landwirt, alle nur erreichbaren Futtermittel nutzbar zu machen. Junges Reisig, Laub, Kartoffelkraut, Leguminosenstroh, Streu von Gerste und Sommerweizen u. v. a. m., das in gewöhnlichem Zustande entweder von den Tieren nicht gern gefressen wird oder nicht zuträglich ist, kann durch Bereitung als Brühfutter zu einem bekömmlichen, gern genommenen Futter umgewandelt werden. Brühfutter wird, im Gegensatz zum eigentlichen Kochen und Dämpfen des Futters, dadurch hergestellt, daß man die Raufuttermassen, soweit nötig gehäckselt, unter Umständen auch noch zerkleinerte Hackfrüchte, eingesäuerte Blätter, Schnitzel und dergl. durch Uebergießen mit heißem oder kochendem Wasser oder mit heißer Schlempe anmacht. In Haufen geschichtet oder in entsprechenden Kästen und Bottichen gebracht, wird alles meist auf die Dauer von 24 Stunden sich selbst überlassen. Währendem vollzieht sich eine Gärung, die hauptsächlich zu einem Gemische von milchsäuren und buttersäuren Verbindungen führt. Unter Rückwirkung der sich entwickelnden Wärme werden harte Raufutterteile erweicht. Dadurch wird das Zerkauen erleichtert. Auch die Gärung mürbt schon die Masse und macht sie für die Verdauungsfäfte zugänglicher. Die aromatische Säuerung, welche durch die Gärung entsteht, macht die Masse schmackhafter. Dadurch kann man die Tiere veranlassen, größere Mengen aufzunehmen. Will man die Schmackhaftigkeit der ganzen Brühfuttermasse noch weiter erhöhen, so mengt man noch Melasse oder Futterschrote zu, soweit sie gewöhnlich den Tieren obnehin zukommen sollen. Vielen Landwirten wird es dadurch möglich sein, mehr Vieh zu halten, oder was ratsamer ist, ihren bisherigen Viehbestand besser zu ernähren.

Vermischte Nachrichten.

* Verhängnisvoller Pickel. Weil er einen Pickel im Gesicht nicht beachtet hatte, zog sich ein Bahnbearbeiter in Genthin eine Blutvergiftung zu, an deren Folgen der 40jährige Mann nach kurzer Zeit unter Schmerzen verstarb.

Der betrat Magistrat steht sich veranlagt, im Altstädter folgende Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten: „Die heutige Stadtverwaltung, Beamte und Privatpersonen werden seit Monaten in gemeiner Weise durch Briefe und Karten verleumdet. Um dem Feigling endlich das niederträchtige Handwerk zu legen, und ihn der verdienten Strafe entgegenzuführen, bittet der Magistrat das Publikum um Beistand bei der Ermittlung des Täters. Es wird eine Belohnung von 10 Mark zugesichert. In unserem Schaufenster ist einer der Schmähbriefe ausgehängt. Es dürfte nicht schwer sein, aus der Handschrift den Uebelthäter festzustellen. Der Name des Anzeigers wird geheim gehalten. Angaben wolle man im Rathaus, Zimmer Nr. 13, machen.“

Anzeigen.

Vorschuß- und Sparkassen-Verein

G. G. m. u. H.

zu Holzappel.

Die diesjährige ordentliche

Generalversammlung

des Vereins findet

**Sonntag, den 28. April d. J.,
nachmittags 4 Uhr**

im Lokale des Herrn Wilhelm Hahn (Gasthaus zur Traube) dahier statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über den Geschäftsbetrieb pro 1917-18 und Entlastung für den Vorstand für Geschäftsführung 1917-18.
2. Bestimmung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Wahl eines Direktors an Stelle des nach § 4 des neuen Statutes ausscheidenden Herrn Heinrich Schwarz.
4. Wahl eines Kassierers an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Herrn Karl Ant. Hahn bis zu dessen am 28. Februar 1919 abgelaufenen Wahlperiode.
5. Wahl zweier Aufsichtsratsmitglieder an Stelle der nach §§ 24 und 25 des neuen Statutes ausscheidenden Herrn Obersteiger Ludwig Schaub und Wilhelm Schmittel.
6. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes an Stelle des provisorisch gewählten Kassierers Herr Wilhelm Kasper bis zu dessen am 28. Februar 1919 abgelaufenen Wahlperiode.
7. Berichterstattung über die im Jahre 1917 stattgehabte Revision seitens des Labantsrevisors.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß der Geschäftsbericht nebst Bilanz vom 21. April bis 28 d. Mts. zur Einsicht der Genossen bei dem Direktor Herrn Heinrich Schwarz offen liegt.

Holzappel, den 19. April 1918.

Der Vorstand.

Heinrich Schwarz. Wilhelm Kasper. Adolf Wilhelm.

Betr. Eierausgabe.

Freitag, den 19. d. Mts. kann auf Abschnitt 5 der Eierkarte ein Ei bei der Eierstelle bezogen werden.

Der Preis für ein Ei beträgt 35 Pfg.

Freiendiez, den 17. April 1918.

Der Bürgermeister: Münzler.